

newsletter verbraucherpolitik eu aktuell

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik	1
Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr	1
Finanzdienstleistungen	3
Gesundheit / Ernährung	4
Telekommunikation / Medien / Internet	6
Wirtschaftsfragen / Wettbewerb	7
Terminvorschau	8

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik

Transparenz bei Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP)

Die EU-Kommission konkretisierte am 25. November 2014 ihre Zusage für mehr Transparenz bei den Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP). In Zukunft sollen mehr Verhandlungstexte, welche die EU-Kommission den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament zuleitet, zugänglich gemacht werden. Die Positionen der amerikanischen Seite werden jedoch nicht ohne Zustimmung der USA veröffentlicht. Abgeordnete des Europäischen Parlaments erhalten leichter Zugang zu vertraulichen Dokumenten. Zusammen mit dem Europäischen Parlament und dem EU-Ministerrat soll regelmäßig eine Liste der öffentlich zugänglichen TTIP-Dokumente veröffentlicht werden.

Die für den Außenhandel zuständige EU-Kommissarin Cecilia Malmström erklärte am 3. Dezember 2014 vor dem Handelsausschuss des Europäischen Parlaments, dass die EU-Kommission bereits begonnen habe, Dokumente zu veröffentlichen, die bisher nicht zugänglich waren. Malmström kündigte ferner die baldige Bekanntgabe der Ergebnisse der Konsultation zu Investorenschiedsklauseln an.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-2131_de.htm

http://ec.europa.eu/news/2014/docs/c_2014_9052_en.pdf

verbraucherpolitik eu aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt Ihnen einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

*Berichtszeitraum
24. November bis 7. Dezember 2014*

Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr

1. EU-Kommission genehmigt deutsche Beihilferegulierung für erneuerbare Energien

Die EU-Kommission entschied am 25. November 2014, dass Beihilfen zur Förderung erneuerbarer Energien, die im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2012 gewährt wurden, mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang stehen. Die sogenannte EEG-Umlage wurde von den Stromversorgern erhoben, die diese dann an die Letztverbraucher weiterreichten. Die EU-Kommission hatte nach Beschwerden von Verbrauchern eine eingehende Untersuchung eingeleitet, um zu prüfen, ob die EEG-Förderung und die Befreiung stromintensiver Betriebe von der EEG-Umlage diesen Unternehmen einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil verschafften.

Die für Wettbewerbspolitik zuständige EU-Kommissarin Margrethe Vestager erklärte: „Ich möchte verschiedene Ziele ausgewogen berücksichtigen: Wir müssen erneuerbare Energien fördern und ihre

Impressum

*Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
Markgrafenstraße 66
10969 Berlin*

*Referentin Internationales
Maren Osterloh M.A.
eu-internationales@vzbv.de*

Anregungen zum Newsletter nehmen wir gerne entgegen.

solide Finanzierung sicherstellen. Dabei muss gewährleistet sein, dass der von KMU und Verbrauchern geforderte Beitrag zu dieser Finanzierung fair ist. Gleichzeitig müssen wir die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie schützen. Der heutige Beschluss wird diesen Anforderungen gerecht.“

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-2122_de.htm

2. Deutschland wegen zu hoher Feinstaubbelastung in Leipzig und Stuttgart ermahnt

Die EU-Kommission hat Deutschland, Österreich und die Slowakei am 26. November 2014 zu einem besseren Schutz der Bevölkerung vor Feinstaub (PM10) ermahnt. Für Deutschland geht es um Stuttgart und Leipzig, wo der Tagesgrenzwert für Feinstaub weiterhin überschritten wird. Die sogenannte mit Gründen versehene Stellungnahme, die die Kommission heute versendet hat, folgt einem Aufforderungsschreiben, das Deutschland am 26. April 2013 übermittelt worden war. Sie ist die zweite Stufe in einem insgesamt dreistufigen Vertragsverletzungsverfahren. In einem letzten Schritt könnte die EU-Kommission den Gerichtshof der Europäischen Union anrufen. Winzige Feinstaub-Teilchen kommen in Industrie-, Straßenverkehrs- und Heizungsabgasen vor und können Asthma, Herz-Kreislauf-Probleme und Lungenkrebs verursachen sowie die Lebenserwartung verkürzen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12899_de.htm

3. EU-Kommission rügt mangelhafte Sicherheitskontrollen auf deutschen Flughäfen

Die EU-Kommission hat am 26. November 2014 Deutschland offiziell aufgefordert, für eine regelmäßige Überwachung aller Luftsicherheitsmaßnahmen auf deutschen Flughäfen zu sorgen. Eine Inspektion der Kommission habe ergeben, dass deutsche Behörden einige Sicherheitsmaßnahmen nicht angemessen überwacht hätten. Sollte die EU-Kommission innerhalb von zwei Monaten keine zufriedenstellende Antwort erhalten, kann sie Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12900_de.htm

4. Durchbruch bei Anbauverbot von Gentechnikpflanzen

Die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments und des EU-Ministerrats erzielten am 3. Dezember 2014 eine Einigung über nationale Anbauverbote von Gentechnikpflanzen. Danach soll jeder Mitgliedstaat künftig selbst entscheiden dürfen, ob er den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf seinen Äckern zulässt oder nicht. Bundesagrarminister Christian Schmidt kündigte die rasche Vorlage eines Gesetzentwurfs zum Anbauverbot an.

Die informelle Einigung bedarf noch der Zustimmung der Vertreter der Mitgliedstaaten auf Botschafterebene; diese ist für den 10. Dezember 2014 geplant. Ferner muss der EU-Ministerrat noch förmlich zustimmen. Auf Seiten des Europäischen Parlaments ist das Votum des Umweltausschusses erforderlich; das Plenum wird voraussichtlich im Januar 2015 abstimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/20141204IPR82835/html/Deal-reached-on-new-rules-allowing-flexibility-for-EU-countries-to-ban-GMO-crops>

<http://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2014/316-SC-Gentechnik.html>

5. Umweltausschuss des Europäischen Parlaments billigt Einigung zu Plastiktüten

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments stimmte am 24. November 2014 bei drei Enthaltungen einstimmig für den mit dem EU-Ministerrat gefundenen Kompromiss zur Verringerung von Einweg-Plastiktüten. Danach haben die Mitgliedstaaten zwei Optionen, die Plastiktüten-Richtlinie umzusetzen. Entweder sie reduzieren die Anzahl der verbrauchten Plastiktüten auf durchschnittlich 90 pro Einwohner bis 2019 und auf 40 bis 2025 oder sie stellen sicher, dass ab 2018 keine kostenlosen Plastiktüten mehr zur Verfügung gestellt werden. Das Plenum des Europäischen Parlaments sowie der EU-Ministerrat müssen der Vorlage noch zustimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/20141120STO79704/html/Umweltausschuss-stimmt-%C3%BCber-Plastikt%C3%BCten-Richtlinie-ab>

6. Neuregelung für Plastikmaterial im Kontakt mit Lebensmitteln

Der EU-Ministerrat erhob am 27. November 2014 keine Einwände gegen den Entwurf einer Verordnung der EU-Kommission über Materialien und Gegenstände aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15140-2014-ADD-1/de/pdf>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15140-2014-INIT/de/pdf>

7. Einigung über Einführung von Notfallsystem eCall in neuen Kraftfahrzeugen

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments bestätigte am 4. Dezember 2014 die mit dem EU-Ministerrat gefundene Einigung über die Einführung des automatischen eCall-Notfallsystems. Danach müssen alle neuen Personenkraftwagen ab 31. März 2018 mit diesem System ausgestattet werden. Dieses stellt sicher, dass bei einem schweren Unfall kostenlos die Notfallnummer 112 angerufen wird. Die Verkehrsdaten dürfen zu keinem anderen Zweck verwendet werden. Das Europäische Parlament hatte das System ursprünglich bereits ab Oktober 2015 einführen wollen. Erforderlich ist noch die Billigung des Europäischen Parlaments. Damit ist im März 2015 zu rechnen. Ferner muss der EU-Ministerrat noch förmlich zustimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20141201IPR81901/html/MEPs-back-deal-with-Council-on-automatic-emergency-call-system-for-cars>

8. Europäisches Parlament legt Europäischem Gerichtshof Abkommen zu Flugpassagierdaten vor

Das Europäische Parlament beschloss am 25. November 2014, den Europäischen Gerichtshof um ein Gutachten zum geplanten Abkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union über die Übermittlung und Verarbeitung von Fluggastdaten zu ersuchen. Damit soll auch eine Klärung für zukünftige Abkommen mit anderen Staaten erreicht werden. Die EU-Institutionen sind verpflichtet, sich an derartige „Gutachten“ zu halten. Wenn der Gerichtshof feststellen sollte, dass dieses Abkommen gegen die Europäischen Verträge verstößt, könnte es nicht abgeschlossen werden. Der EU-Ministerrat und Kanada haben dieses Abkommen am

25. Juni 2014 unterzeichnet. Der förmliche Abschluss erfordert noch die Zustimmung des Europäischen Parlaments. Anzumerken ist, dass der Europäische Gerichtshof im April 2014 die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung annulliert hat.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20141121IPR79818/html/MEPs-refer-EU-Canada-air-passenger-data-deal-to-the-EU-Court-of-Justice>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/get-Doc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2014-0058+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

9. EU-Ministerrat legt Verhandlungsmandat zu Pauschal- und Bausteinreisen fest

Der EU-Ministerrat für Wettbewerbsfähigkeit erzielte am 4. Dezember 2014 eine sogenannte Allgemeine Ausrichtung zum Vorschlag für eine Richtlinie über Pauschal- und Bausteinreisen. Nunmehr kann der Ministerrat mit dem Europäischen Parlament auf dieser Grundlage Verhandlungen über eine Einigung aufnehmen. Das Europäische Parlament hat seinen Standpunkt bereits am 12. März 2014 festgelegt.

Die neue Richtlinie berücksichtigt die Entwicklung wonach Reiseleistungen nicht nur als Pauschalreisen angeboten, sondern nach den Vorgaben des Verbrauchers zusammengestellt werden. Viele dieser Reiseprodukte befinden sich rechtlich gesehen in einer Grauzone oder sind eindeutig vom Anwendungsbereich der bestehenden Reiserichtlinie ausgenommen. Mit der Neuregelung soll der Schutz solcher Reiseleistungen erhöht und den Reisenden und den Touristikunternehmen mehr Rechtssicherheit geboten werden.

http://www.consilium.europa.eu/ue-docs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/146040.pdf

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16054-2014-INIT/de/pdf>

Finanzdienstleistungen

Regelung für Europäische Langfristige Investitionsfonds

Die Unterhändler des Europäischen Parlaments und des EU-Ministerrats erzielten am 26. November 2014 in informellen Gesprächen eine Einigung über

einen Rechtsakt zu „Europäischen Langfristigen Investitionsfonds“. Die neuen Fonds sind für solche Investoren gedacht, die ihr Geld langfristig in Unternehmen und Projekte anlegen wollen. Diese privaten Europäischen Langfristigen Investmentfonds würden nur in solche Geschäfte investieren, die langfristig gebundenes Geld benötigen. Dies bedeutet, dass Anleger nur sehr schwer frühzeitig aussteigen können. Angesprochen sind sowohl professionelle Investoren als auch Verbraucher sofern sie mindestens 10.000 Euro anlegen wollen. Das Europäische Parlament setzte Maßnahmen für den Verbraucherschutz durch. Ein Informationsblatt soll über alle Risiken aufklären. Der EU-Ministerrat und das Europäische Parlament müssen noch förmlich zustimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20141126IPR80904/html/Deal-secured-to-boost-infrastructure-investment-in-the-EU>

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-14-2200_en.htm

http://ec.europa.eu/finance/investment/long-term/index_de.htm

Gesundheit / Ernährung

1. Verhandlungsmandat des Europäischen Parlaments für Neuartige Lebensmittel

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments legte am 25. November 2014 das Verhandlungsmandat zum Vorschlag für eine Verordnung über Neuartige Lebensmittel fest. Unter neuartigen Lebensmitteln versteht man Lebensmittel, die vor 1997 nicht in nennenswerten Mengen auf dem europäischen Markt waren oder in neuen Produktionsverfahren hergestellt werden, die die Struktur oder Zusammensetzung der Lebensmittel verändern.

Der Ausschuss beschloss insbesondere ein Moratorium für Nano-Lebensmittel, bis die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) geeignete Methoden für eine Risikobewertung entwickelt hat. Nano-Lebensmittel dürfen dann erst nach einer solchen Unbedenklichkeitsprüfung in Umlauf gebracht werden. Auch für Verpackungen von Lebensmitteln dürfen nur noch Nanomaterialien verwendet werden, die nachweislich keine schädlichen

Wirkungen haben. Außerdem soll für den Anwendungsbereich der Verordnung die strengere Definition der EFSA für Nanomaterialien gelten. Danach fallen Erzeugnisse mit einem Nanoanteil von 10 Prozent darunter und nicht, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, von 50 Prozent.

Der Ausschuss beschloss ferner die Einbeziehung von Nahrungsmitteln von Klontieren und deren Nachkommen. Solange es hierzu keine spezifischen Rechtsakte gebe, sollten diese in der Verordnung zu Neuartigen Lebensmitteln erfasst werden. Über diese Erzeugnisse wie etwa Fleisch seien Verbraucher aufzuklären.

Der Ausschuss beschloss schließlich, die EFSA zur Klärung darüber aufzufordern, welche Nachweise erbracht werden müssen, damit traditionelle Lebensmittel, die aus Drittstaaten neu eingeführt werden, als „seit langem sicher genutzt“ gelten. Traditionelle Lebensmittel aus Drittländern können zugelassen werden, wenn deren sicherer Konsum von wenigstens 25 Jahren nachgewiesen werden kann.

Die Verhandlungen über eine Einigung in erster Lesung sollen aufgenommen werden sobald der EU-Ministerrat sein Verhandlungsmandat festgelegt hat.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20141125IPR80424/html/Novel-foods-MEPs-call-for-moratorium-on-nano-foods-and-labelling-of-cloned-meat>

2. EU-Verordnung zur Information der Verbraucher über Lebensmittel

Ab dem 13. Dezember 2014 müssen die Vorschriften der EU-Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel (Lebensmittel-Informationsverordnung oder LMIV) eingehalten werden. Die LMIV sorgt für Vorgaben zur besseren Lesbarkeit (unter anderem eine Mindestschriftgröße), eine klarere Kennzeichnung von Lebensmittelimitaten, eine verbesserte Allergenkennzeichnung vorverpackter Lebensmittel und die obligatorische Allergeninformation bei loser Ware sowie ab Dezember 2016 eine verpflichtende Nährwertkennzeichnung. Die sogenannte Lebensmittel-Informationsverordnung (LMIV) gilt europaweit einheitlich und ist in allen Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbar.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat einen Entwurf für eine Verordnung zur Anpassung nationaler Vorschriften an die LMIV (LMIVAV) erarbeitet, der im Juli 2014 an

die beteiligten Ressorts, Länder und betroffenen Verbände zur Stellungnahme übermittelt wurde. Das Ministerium hat auch eine Broschüre zu den neuen Regelungen herausgebracht.

http://www.bmel.de/DE/Ernaehrung/Kennzeichnung/_Texte/DossierKennzeichnung.html;jsessionid=B1E4EA27346463991F8721DAD084D14E.2_cid296?nn=406646¬-First=true&docId=5228958

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:304:0018:0063:DE:PDF>
(EU-Verordnung)

3. Konsultation zur Deklaration von allergenen Inhaltsstoffen in Lebensmitteln

Die EU-Kommission hat am 25. November 2014 alle Interessierten aufgerufen, ihre Meinung zu den vorgelegten informellen Richtlinien für die Deklaration von allergenen Inhaltsstoffen in Lebensmitteln zu äußern. Grundlage der Vorgaben ist die Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 zu Informationen der Verbraucher über Lebensmittel im Hinblick auf Stoffe oder Erzeugnisse in Lebensmittel, die Allergien oder Unverträglichkeiten auslösen. Beiträge werden bis 4. Januar 2015 erbeten.

http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/dgs_consultations/food/consult_20150104_allergyintolerance_en.htm

4. EU-Kommission schaltet Webseite zu Lebensmittelabfällen

Die EU-Kommission hat am 21. November 2014 eine Webseite zu Lebensmittelabfällen eingerichtet. Diese informiert über Aktionen auf europäischer Ebene zur Verminderung von Lebensmittelabfällen. Ferner wird über vorbildliche Praktiken bei der Vermeidung von Lebensmittelabfällen berichtet.

http://ec.europa.eu/food/safety/food_waste/index_en.htm

5. Notwendigkeit von Maßnahmen zur Patientensicherheit und zur Qualität der Gesundheitsversorgung

Die Gesundheitsminister der Europäischen Union anerkannten am 1. Dezember 2014, „dass auf EU-Ebene in Bezug auf die Patientensicherheit und die Qualität der Gesundheitsversorgung eine langfristige und nachhaltige Zusammenarbeit erforderlich ist“. Notwendig sei auch eine Stärkung der Hand-

lungskompetenz der Patienten. Unter Berücksichtigung der Arbeit der Weltgesundheitsorganisation solle ein EU-Leitfaden für die Beteiligung der Patienten an Strategien zur Patientensicherheit entwickelt werden. Die EU-Mitgliedstaaten und die EU-Kommission werden aufgerufen, bis Dezember 2016 einen Rahmen für eine nachhaltige Zusammenarbeit in der EU im Bereich der Patientensicherheit und der Qualität der Gesundheitsversorgung zu erarbeiten.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15441-2014-INIT/de/pdf>

6. Besorgnis über hohe Preise innovativer Arzneimittel

Die Gesundheitsminister der Europäischen Union nahmen am 1. Dezember 2014 ferner mit Besorgnis zur Kenntnis, dass die sehr hohen Preise einiger innovativer Arzneimittel im Verhältnis zu ihrem Nutzen für die Patienten und zu den Kapazitäten einiger Mitgliedstaaten in Bezug auf ihre öffentlichen Gesundheitsausgaben dazu führen, dass Patienten nicht immer Zugang zu innovativen Behandlungen haben. Die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission werden ersucht, einzelstaatliche Initiativen für den frühzeitigen Zugang von Patienten zu innovativen Arzneimitteln sowie die Möglichkeit zu erörtern, den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit in Bezug auf Härtefälle zu verstärken, um möglichst vielen Patienten in der Europäischen Union die Möglichkeit zu geben, innovative Arzneimittel zu erhalten.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15838-2014-INIT/de/pdf>

7. Europäische Arzneimittelagentur für rezeptfreie Abgabe der „Pille danach“

Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat am 21. November 2014 die rezeptfreie Abgabe einer sogenannten „Pille danach“ befürwortet. Die endgültige Entscheidung obliegt der EU-Kommission, die in der Regel den Empfehlungen der EMA folgt. Die „Pille danach“ (Levonorgestrel-Notfall-Kontrazeptiva) ist bereits in 23 europäischen Ländern rezeptfrei erhältlich, allerdings nicht in Deutschland. Die EMA begründet die rezeptfreie Abgabe unter anderem damit, dass das Medikament in den ersten 24 Stunden am sichersten wirkt. Frauen sollte ein möglichst rascher Zugang nach ungeschütztem Geschlechtsverkehr ermöglicht werden.

http://www.ema.europa.eu/ema/index.jsp?curl=pages/news_and_events/news/2014/11/news_detail_002223.jsp&mid=WC0b01ac058004d5c1

http://www.ema.europa.eu/docs/en_GB/document_library/Press_release/2014/11/WC500177649.pdf (Empfehlung)

8. Keine Einigung über schärfere Regelungen für Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika

Der EU-Ministerrat für Gesundheit nahm am 1. Dezember 2014 lediglich einen Sachstandsbericht zu den Neuregelungen für Medizinprodukte und In-Vitro-Diagnostika zur Kenntnis. Die Arbeitsgremien des EU-Ministerrats werden aufgefordert, die Beratungen auf Expertenebene fortzusetzen. Das Europäische Parlament hat seinen Standpunkt bereits am 2. April 2014 festgelegt und am 5. November 2014 bestätigt.

So ist die Wiederaufbereitung von Mehrweg-Medizinprodukten weiterhin sehr umstritten. Einige Staaten wollen hierfür eine europäische Regelung, Deutschland will diese Frage national regeln und Frankreich lehnt die Wiederaufbereitung generell ab. Noch nicht geklärt ist auch die Kontrolle vor und nach der Vermarktung. Ferner besteht noch keine Einigung über die Einbeziehung von Produkten die keinem medizinischen Zweck dienen, wie farbige Kontaktlinsen.

Die vorgeschlagene Verordnung zu Medizinprodukten wie Brust- und Hüftimplantaten soll die Patientensicherheit erhöhen und die Vorschriften für die Rückverfolgbarkeit verschärfen. Im Verordnungsentwurf zu den In-vitro-Diagnostika wird die Sicherheit für Patienten bei Produkten verbessert, die zum Beispiel für Schwangerschaftstests, HIV- und DNA-Untersuchungen verwendet werden.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15881-2014-INIT/en/pdf>

Telekommunikation / Medien / Internet

1. Europäisches Parlament fordert Stärkung der Verbraucherrechte im digitalen Binnenmarkt

Die Europa-Abgeordneten forderten am 27. November 2014 in einer rechtlich nicht bindenden Entschließung die EU-Mitgliedstaaten und die EU-Kommission auf, Hürden für das Wachstum des digitalen EU-Binnenmarktes abzubauen. In der Entschließung wird betont, dass "der Markt der Online-Suche von besonderer Bedeutung für die Wahrung der Wettbewerbsbedingungen im digitalen Binnenmarkt ist." Begrüßt wird das Versprechen der EU-Kommission, weitere Untersuchungen zu den Praktiken von Suchmaschinen durchzuführen. Betont wird, wie wichtig eine nicht-diskriminierende Online-Suche sei. Langfristig fordern die Abgeordneten die EU-Kommission auf, Vorschläge in Betracht zu ziehen, die darauf abzielen, "Suchmaschinen von anderen kommerziellen Dienstleistungen abzukoppeln".

Die Abgeordneten fordern ferner, dass die Kommission eine Führungsrolle bei der Förderung internationaler Normen und Spezifikationen für Cloud-Computing übernimmt. Auf diese Weise solle sichergestellt werden, dass mit den Standards die Privatsphäre ausreichend geschützt wird und sie zuverlässig, zugänglich, sicher und energieeffizient sind sowie eine hohe Interoperabilität gewährleisten.

In der Entschließung wird außerdem hervorgehoben, dass der gesamte Internetverkehr diskriminierungsfrei und ohne Beschränkungen oder Eingriffe behandelt werden solle. Das Parlament drängt die Mitgliedstaaten, die Verhandlungen über das Telekommunikationspaket zu beginnen, um Roaminggebühren innerhalb der EU abzuschaffen, mehr Rechtssicherheit mit Blick auf die Netzneutralität anzubieten und den Verbraucherschutz im digitalen Binnenmarkt zu verbessern.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20141125IPR80501/html/EU-Abgeordnete-nehmen-Suchmaschinen-und-Clouds-ins-Visier>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2014-0071+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Kein Durchbruch bei Europäischem Binnenmarkt für Telekommunikation

Der EU-Ministerrat für Telekommunikation nahm am 27. November 2014 den Bericht über den Stand seiner Beratungen zum sogenannten Telekom-Paket zur Kenntnis. Das Europäische Parlament hat zum Telekom-Paket bereits im April 2014 Stellung genommen. Die Vertreter der Mitgliedstaaten konnten sich aber noch nicht auf ein Verhandlungsmandat einigen. Derzeit konzentrieren sich ihre Beratungen auf Roaminggebühren und Netzneutralität.

Nach dem Vorschlag der EU-Kommission sollten die Roaming-Gebühren bis Ende 2015 komplett abgeschafft werden. Außerdem soll die Reform für mehr Transparenz bei Breitbandverträgen sorgen, die europaweite Vernetzung vorantreiben und für Netzneutralität im Sinne der Nutzer sorgen.

Der Vizepräsident der EU-Kommission Andrus Ansip, zuständig für den digitalen Binnenmarkt, hat die Minister aufgerufen, „ehrgeizig zu sein und einen entscheidenden Schritt zu tun“, damit der Telekommunikationsbinnenmarkt umgesetzt wird. Er sei besorgt über die Richtung, die die Verhandlungen im EU-Ministerrat genommen haben, wo die Mitgliedstaaten gespalten seien.

EU-Kommissar Günther Oettinger sagte beim Treffen der Minister, es gäbe einen guten Willen aller Beteiligten, zu einem Ergebnis zu kommen. Der für die digitale Gesellschaft und Wirtschaft zuständige EU-Kommissar appellierte an die Mitgliedstaaten, weitere Verzögerungen vermeiden. Er hofft, dass EU-Kommission, Europäisches Parlament und EU-Ministerrat in den kommenden Monaten einen Kompromiss erreichen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/145966.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&f=ST%2015923%202014%20INIT> (Sachstand)

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12905_de.htm

3. Weiterer Fortschritt bei Datenschutz in Europa

Der EU-Ministerrat für Justiz und innere Angelegenheiten erzielte am 4. Dezember 2014 eine sogenannte partielle allgemeine Ausrichtung über die

Aufnahme des öffentlichen Sektors in den Anwendungsbereich des Entwurfs der Datenschutz-Grundverordnung und über spezifische Verarbeitungssituationen. Diese Teileinigung steht jedoch unter dem Vorbehalt, dass eine Einigung über die gesamte Verordnung erzielt wird. Das europäische Parlament hat seinen Standpunkt bereits festgelegt.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16140-2014-INIT/de/pdf>

Wirtschaftsfragen / Wettbewerb

1. Europäische Zentralbank belässt Leitzins auf Tiefststand

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) beschloss am 4. Dezember 2014 wie erwartet, den Leitzins bei 0,05 Prozent zu belassen. Zu diesem Zinssatz erhalten die Banken auf absehbare Zeit unbegrenzt Geld von der EZB („Liquidität“). Ferner müssen Banken für Guthaben bei der EZB weiterhin 0,2 Prozent zahlen („negativer Einlagenzins“).

EZB-Präsident Mario Draghi begründete die Zinsbeschlüsse wie im Vormonat mit geringem Wirtschaftswachstum und gedämpften Inflationssichten im Euroraum. Im November sei die Inflation auf 0,3 Prozent gesunken, nach 0,4 Prozent im September. Experten der EZB gingen davon aus, dass die Inflation im Jahr 2014 bei 0,5 Prozent, 2015 bei 0,7 Prozent und 2016 bei 1,3 Prozent liegen wird. Nach Einschätzung der Bundesbank-Volkswirte liegt die Inflation in Deutschland im Jahr 2014 bei 0,9 Prozent, 2015 bei 1,1 Prozent und 2016 bei 1,8 Prozent.

Mittelfristig wolle die EZB erreichen, dass die Inflation dem Stabilitätsziel von unter, aber nahe 2 Prozent wieder näher kommt. Dies werde durch bereits beschlossene Maßnahmen zur Liquiditätsversorgung der Banken gefördert. Hierzu gehörten insbesondere die bis Juni 2016 terminierten langfristigen Refinanzierungsgeschäfte. Diese verschaffen den Banken für vier Jahre Zentralbankgeld zum Festzins von derzeit 0,15 Prozent.

Die EZB hat im Oktober ferner mit dem Ankauf von Pfandbriefen begonnen. Im November startete der Ankauf von verbrieften Forderungen, etwa solchen die mit Verbraucherkrediten unterlegt sind.

Mit diesen beiden Maßnahmen sollen in den nächsten zwei Jahren die Banken zusätzlich entlastet werden, damit sie leichter neue Kredite vergeben können.

Für den Fall, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen, um dem Stabilitätsziel näher zu kommen, ist die EZB bereit, weitere außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen. Die technischen Vorbereitungen hierfür seien bereits getroffen worden.

http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/EZB_Pressemitteilungen/2014/2014_11_06_pressekonferenz.pdf?__blob=publicationFile

http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/BBK/2014/2014_12_05_wirtschaftsprognose.html?startpageId=Startseite-DE&startpageAreaId=Marginalspalte&startpageLinkName=2014_12_05_wirtschaftsprognose+32477

2. Keine Einigung zum Produktsicherheits- und Marktüberwachungspaket

Der EU-Ministerrat für Wettbewerbsfähigkeit nahm am 4. Dezember 2014 einen Bericht des Vorsitzes zum Sachstand hinsichtlich des Produktsicherheits- und Marktüberwachungspakets zur Kenntnis. Im Ministerrat gibt es weiterhin keine Mehrheit für eine verbindliche "Made in"-Kennzeichnung (entweder Herstellerland oder "EU") für fast alle Erzeugnisse außer Lebens- und Arzneimitteln. Das Europäische Parlament hat seinen Standpunkt am 15. April 2014 festgelegt. Die EU-Kommission wird Anfang 2015 weitere Informationen zu den geplanten Änderungen vorlegen.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16041-2014-INIT/en/pdf>

3. Rubik's Cube als Gemeinschaftsmarke geschützt

Das Europäische Gericht entschied am 25. November 2014, dass die Eintragung der Form des Rubik's Cube als Gemeinschaftsmarke gültig ist. Das Gericht wies damit die Klage des deutschen Spielzeugherstellers Simba Toys gegen die Eintragung ab. Gegen die Entscheidung des Gerichts kann innerhalb von zwei Monaten nach ihrer Zustellung ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel beim Europäischen Gerichtshof eingelegt werden.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-11/cp140158de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=160043&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=66279>

Terminvorschau

Rat

Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie (9. Dezember 2014)

Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 - Maßnahmen im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates (Orientierungsaussprache); Schlussfolgerungen über die Vollendung des Energiebinnenmarktes; Halbzeitüberprüfung der Strategie Europa 2020 (Orientierungsaussprache); Außenbeziehungen im Energiebereich (Bericht des Vorsitzes und der EU-Kommission); Änderung der Richtlinie 98/70/EG über die Qualität von Otto- und Dieselmotoren und der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen.

Sonderausschuss Landwirtschaft (9. Dezember 2014)

Organische Produktion und Kennzeichnung von organischen Erzeugnissen; Abgabe von Obst, Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen;

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (11. Dezember 2014)

Binnenmarkt für elektronische Kommunikation (Netzneutralität); Informations- und Netzwerksicherheit.

Rat Landwirtschaft und Fischerei (15./16. Dezember 2014)

Die Zukunft des Milchsektors (Gedankenaustausch); Beihilferegelung für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen (Sachstandsbericht); Verordnung über die ökologische/biologische Erzeugung und die Kennzeichnung von ökologischen/ biologischen Erzeugnissen (gegebenenfalls partielle Allgemeine Ausrichtung); Verordnung zur Tiergesundheit (Sachstandsbericht); Verordnung über amtliche

Kontrollen zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit, Pflanzenvermehrungsmaterial und Pflanzenschutzmittel (Sachstandsbericht); Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Kaseine und Kaseinate für die menschliche (Allgemeine Ausrichtung); Sonderbericht Nr. 9/2014 des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel: "Wird die Unterstützung der EU für Investitionen und Absatzförderung im Weinsektor gut verwaltet und gibt es nachweislich Ergebnisse im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Weine?"

Rat Umwelt (17. Dezember 2014)

Verringerung des Verbrauchs von Einweg-Plastiktüten (Politische Einigung); Aussprache über die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten zur Verringerung der Emissionen in den Jahren 2013-2020 (Zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls).

Europäisches Parlament

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (8./9. Dezember 2014)

Änderung der Richtlinie 2007/36/EG im Hinblick auf die Förderung der langfristigen Einbeziehung der Aktionäre sowie der Richtlinie 2013/34/EU in Bezug auf bestimmte Elemente der Erklärung zur Unternehmensführung.

Plenum (15. bis 18. Dezember 2014)

Arbeitsprogramm der Kommission für 2015 (Erklärung der Kommission); Berichtigungshaushaltspläne 2014 und Haushaltsplan 2015; Wissenschaftliche Prüfung von Lebensmittelfragen.

Europäische Kommission

Wöchentliche Kollegiumssitzung (16. Dezember 2014)

Beschluss über Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2015 (Präsentation am 17. Dezember 2014).

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Plenum (10./11. Dezember 2014)

Stellungnahmen zu: Der europäische Film im digitalen Zeitalter; Schwächen des gegenwärtigen Systems für Lebensmittelsicherheit für die europäischen Bürger (Initiativstellungnahme); Kreislaufwirtschaft in der EU; Einfuhr von Agrarerzeugnissen mit Ursprung in der Türkei; Zollkontingente für Rindfleisch, Schweinefleisch, Geflügelfleisch, Weizen und Mengkorn sowie für Kleie und andere Rückstände; Der industrielle Wandel in der europäischen Verpackungsbranche (Initiativstellungnahme); Nutzung des Beitrags von Holzzeugnissen für die Kohlenstoffbilanz. Europäische Lösungen für die Holzverarbeitende Wirtschaft und die Mitgliedstaaten (Initiativstellungnahme); Regelungen für gemeinsame Einfuhr und Ausfuhr; Gemeinsame Handelspolitik.

Ausschuss der Regionen

Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie (11. Dezember 2014)

Stellungnahme "Hin zu einer Kreislaufwirtschaft: Überprüfung der EU-Abfallvorschriften; Stellungnahme zum effizienten Ressourceneinsatz im Gebäudesektor.

Fachkommission für Wirtschafts- und Sozialpolitik (17. Dezember 2014)

Initiativstellungnahme zur transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP); Stellungnahme zu dem Grünbuch zur Ausdehnung des Schutzes der geografischen Angaben auf nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse.

Europäischer Gerichtshof

Schlussanträge in den verbundenen Rechts-sachen C 226/13, C 245/13, C 247/13 und C 578/13 (9. Dezember 2014)

Zwangsumtausch griechischer Staatsanleihen.

Urteil in der Rechtssache C 212/13 (11. Dezember 2014)

Zulässigkeit von privater Überwachungskamera welche auf den öffentlichen Straßenraum gerichtet ist.

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 449/13 CA (18. Dezember 2014)

Vorvertragliche Pflichten bei Verbraucherkreditverträgen.

Europäisches Gericht

Urteil in der Rechtssache T-90/11 (10. Dezember 2014)

Wettbewerbsbeschränkung durch französische Apothekerkammer.

Urteil in der Rechtssache T-251/11 (11. Dezember 2014)

Teilweise Befreiung energieintensiver Unternehmen in Österreich von Ökostrombezugspflicht.

Urteil in der Rechtssache T-72/09 (17. Dezember 2014)

Verhängung von Geldbuße wegen Beteiligung an Autoglaskartell.

Newsletter verfasst von Dr. Ekkehard Rohrer,
MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv)